



Focus

Kosovo

Politische Lage und Parteien vier Jahre nach Kriegsende

Eine Standortbestimmung

Öffentlich

Regio Desk Europa/GUS/Asien

Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

31. März 2004

Schrankenerklärung

Das vorliegende Produkt wurde von der Sektion Analysen des Schweizerischen Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF) erstellt. Der Inhalt basiert grundsätzlich auf öffentlichen Informationsquellen, welche mit grösstmöglicher wissenschaftlicher Sorgfalt recherchiert, ausgewertet und aufbereitet worden sind. Kein Produkt der Sektion Analysen erhebt den Anspruch, ein erschöpfendes Bild zu einem bestimmten Land oder zu einer bestimmten Fragestellung zu vermitteln. Es lassen sich daraus weder die Asylrelevanz eines individuellen Vorbringens noch ein allfälliger Flüchtlingsstatus ableiten. Auch lassen sich überholte, unvollständige, unpräzise oder unkorrekte Angaben nicht in allen Fällen ausschliessen. Die Berücksichtigung von nicht amtlichen Quellen verleiht diesen keinen amtlichen Charakter. Das vorliegende Dokument kann nicht als politische Stellungnahme seitens der Schweiz oder deren Behörden gewertet werden.

Clauses limitatives

Le présent document a été élaboré par la Section Analyses de l'Office Fédéral des Réfugiés (ODR) en Suisse. En principe son contenu repose sur des informations publiques. Celles-ci ont été recherchées, exploitées et présentées le plus scrupuleusement possible du point de vue scientifique. Les documents de la Section Analyses ne prétendent pas donner une image exhaustive des pays traités ou apporter une réponse définitive aux thèmes abordés. De même, ils ne permettent pas de déduire si les arguments invoqués par une personne sont déterminants pour l'octroi de l'asile, ni si le statut de réfugié doit être accordé à cette dernière. En outre, des données dépassées, incomplètes, imprécises ou incorrectes ne sont pas totalement exclues. A noter que l'utilisation de sources non administratives ne leur confère pas pour autant un caractère officiel. Enfin, le présent document ne peut pas être considéré comme une prise de position politique de la Suisse ou de ses autorités.

Disclaimer

The product at issue has been compiled by the Section of Analysis of the Swiss Federal Office for Refugees (FOR). In principle the contents are based on public sources. All the information provided has been researched, evaluated and processed with utmost care. No product of the Section of Analysis claims to provide an exhaustive picture of a certain country or a particular matter. Nor may conclusions be drawn from it as to the merits of any claim to refugee status or asylum. Outdated, incomplete, inaccurate or incorrect information cannot be ruled out. The consideration of non-official sources does not endow these with official character. The present document is not a political statement on the part of Switzerland or its authorities.

Kernaussage

Der politische Stillstand im Kosovo wurde vor knapp zwei Jahren aufgebrochen und überwunden. Es wurde eine fragile politische Stabilität erreicht. Die Gesamtbilanz der Regierungs- und Parlamentsarbeit fällt dennoch nicht besonders positiv aus. Das Kosovo-Parlament ist aus verschiedenen Gründen ineffizient und unproduktiv. Allerdings stellt im politischen Tagesgeschäft auch die fehlende (Eigen-)Staatlichkeit eine grosse Hypothek dar. Der politische Alltag wird nachhaltig vom (Dauer-)Konflikt zwischen Ibrahim Rugovas Demokratischem Bund Kosovo (LDK) und den beiden UCK-Nachfolgeparteien Demokratische Partei Kosovo (PDK) und Allianz für die Zukunft des Kosovo (AAK) geprägt. Abgesehen vom Raum Peje/Pec, in dem auch in Zukunft mit teilweise gewalttätigen Konfrontationen zwischen LDK und PDK/AAK zu rechnen ist, finden die Konfrontationen allerdings mehrheitlich auf der verbalen Ebene statt. Die Märzunruhen haben das gesamte politische Klima erheblich belastet. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass Angehörige aller drei grossen Parteien sowie extremistische Gruppierungen daran beteiligt waren. Letztere positionieren sich zudem zunehmend über ihre radikale Gegnerschaft zum Engagement der Internationalen Gemeinschaft (IC) im Kosovo. Die Auswirkungen auf die Wahlen vom 23. Oktober 2004 sind noch nicht absehbar.

1. Politischer Stillstand überwunden

Der politische Stillstand wurde im März 2002 mit der Regierungsbildung überwunden. Bajram Rexhepi wurde Regierungschef und Ibrahim Rugova Präsident. Seither verfügt Kosovo über eine Regierung und ein Parlament auf der Basis einer Vielparteienstruktur, in dem alle Volksgruppen vertreten sind. Nicht zuletzt auch aufgrund internationalen Drucks wurde eine fragile politische Stabilität erreicht, obwohl das unterschiedlich ausgeprägte Demokratieverständnis insgesamt noch nicht sehr gefestigt ist. Eine grosse Hypothek stellt weiterhin die fehlende (Eigen-)Staatlichkeit dar. Der Protektoratsstatus verhindert eine Partizipation der Vertreter der kosovo-albanischen Bevölkerung an 'echter' Macht. In letzter Zeit ist der Ton im politischen Alltag – praktisch alles dreht sich um die sporadisch und stereotyp erhobene Forderung nach der Unabhängigkeit des Kosovo – wieder rauer und schärfer geworden. Andere kurzfristig für Kosovo wichtigere Sachfragen wie Rechtssicherheit, Bekämpfung der OK und Korruption, die Verbesserung der Wirtschaftslage und der Infrastruktur oder der Ausbau des Steuersystems und der Sozialwerke werden weitgehend der UNO-Mission-Kosovo (UNMIK) und der IC überlassen. Eigene konstruktive Lösungsbeiträge liefern die kosovo-albanischen politischen Strukturen kaum, kritisieren jedoch ausbleibende Erfolge bei UNMIK-Aktivitäten umso heftiger. Die Märzunruhen haben das Verhältnis zur UNMIK und das gesamte politische Klima erheblich belastet. Ob es vor diesem Hintergrund zu den zuvor vorgesehenen weiteren Anklagen durch den Internationalen Gerichtshof gegen ehemalige kosovo-albanische Rebellen kommen wird, ist fraglich. Denn bei dieser jüngsten Anklagerunde werden Überraschungen nicht ausgeschlossen und es gibt Vermutungen, dass es auch bekannte kosovo-albanische Politiker treffen könnte.¹ Diese, grösstenteils ehemalige UCK-Kommandanten, gelten jedoch als

¹ Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 25. Februar 2004.

Volkshelden. Ihr Kampf gegen die Serben wird – ungeachtet der gewählten Methoden – als patriotische Tat angesehen. Die 'Kriegswerte', respektive der Beitrag der UCK zur Befreiung des Kosovo von serbischer Herrschaft haben einen anhaltend zentralen Stellenwert in der Nachkriegsgesellschaft des Kosovo. Auch mehr als vier Jahre nach Kriegsende ist Kritik an der UCK weder erwünscht noch möglich.

2. Kosovo: Parlament und Regierung wenig effizient

Die Gesamtbilanz der Regierungs- und Parlamentsarbeit ist in den letzten Monaten nicht sonderlich positiv ausgefallen (Anhang 1). Es gibt mehrere Ursachen für die Ineffizienz und Unproduktivität des unregelmässig zusammentretenden Parlaments. Die Arbeitsabläufe sind wenig eingespielt und ein funktionierendes Differenzbereinigungsverfahren existiert kaum. Ebenso beklagt sich der oft polarisierende kosovo-albanische Parlamentssprecher Nexhat Daci lieber lautstark über fehlende Macht und Kompetenzen, als dass er die Absegnung bereits beratener Gesetze vorantreibt.² Die Abgeordneten sind primär ihrer Parteilinie und nicht ihrer Abgeordnetenaufgabe verpflichtet. Partikularinteressen sind wichtiger als konstruktiver Dialog, Konsensbereitschaft, Planung und ganzheitliche Sicht.³ Politische Kontroversen und Grabenkämpfe spielen selbst in reine Sachgeschäfte hinein. Erschwerend kommt hinzu, dass alle parlamentarischen Gruppen, auch die Kosovo-Serben und der Zusammenschluss verschiedener Minderheiten [Other Communities (OC)] mit innerparteilichen Intrigen und Unverträglichkeiten zu kämpfen haben. OC haben in der Regel jedoch eine deutlich höhere Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit als die in der Koalition Povratka (KP) zusammengeschlossenen Serben. Die am 18. Februar 2004 abgeschlossene Renovation des Plenarsaals führte zu neuen Kontroversen, anstatt zu besseren Arbeitsbedingungen. Die erste Sitzung musste verschoben werden, weil sich die wichtigsten kosovo-albanischen Parteien nicht auf eine Sitzordnung einigen konnten und die Kosovo-Serben die Sitzungen wegen der mit ausschliesslich albanischen historischen Motiven versehenen Wandgemälde ohnehin boykottieren.⁴ Dabei war die KP erst Anfang 2003 nach einer langen Boykottphase wieder ins Parlament zurückgekehrt. Es gibt kaum Anhaltspunkte dafür, dass sich in nächster Zeit an den beschriebenen Rahmenbedingungen etwas ändern und es zu grundlegenden politischen Fortschritten kommen wird. Diese Einschätzung wird von kritischen internationalen wie einheimischen Stimmen, darunter dem viel beachteten unabhängigen Publizisten Veton Surroi, geteilt.⁵ Die Märzunruhen dürften auch auf die gesamte Parlamentsarbeit noch kaum absehbare Auswirkungen haben. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass Angehörige aller drei grossen Parteien sowie extremistische Gruppierungen daran beteiligt waren.

² Koha Ditore. Pristina. 1. Januar 2004.

³ Koha Ditore. Pristina. 13. Februar 2004.

⁴ KosovaLive. Pristina. 18. Februar 2004.

⁵ Koha Ditore. Pristina. 1. Januar 2004.

3. Politische Parteien – Dauerkonfrontation

Der innenpolitische Alltag im Kosovo wird grösstenteils vom Konflikt zwischen Ibrahim Rugovas LDK und den UCK-Nachfolgeparteien PDK und AAK (Anhang 2) beherrscht. Dabei spielen nicht nur verschiedene Weltanschauungen, sondern auch unterschiedliche Klientelsysteme eine Rolle.⁶ Immer wieder treten alte Rivalitäten offen zutage und PDK und AAK kritisieren Rugovas Amtsführung und politisches Wirken bei jeder sich bietenden Gelegenheit.⁷

Die politischen Graben- und Positionierungskämpfe bleiben jedoch mit Ausnahme des Grossraumes Peje/Pec auf der verbalen Ebene. Dort ist der Dauergegensatz zwischen dem ehemals bewaffneten Arm der LDK [Bewaffnete Kräfte der Republik Kosovo (FARK)] und ehemaligen UCK-Gruppen besonders akut, weil die LDK versucht, 'Kernterritorien' der UCK und vor allem von Ramush Haradinaj selbst politisch zu besetzen. Mit grossem Propagandaaufwand stellt die LDK/FARK ihren Anteil am UCK-Befreiungskampf in dieser Region überhöht dar. Da die 'Kriegsverdienste' der einzelnen Personen und (UCK-)Gruppen bei der Neuverteilung der politischen und wirtschaftlichen Macht in der Kosovo-Nachkriegsgesellschaft von zentraler Bedeutung sind, ist diese LDK-Strategie heikel und konfliktträchtig. Zusätzlich sind im Raum Peje/Pec seit längerer Zeit kriminell motivierte Gebietsaufteilungskämpfe im Gang. Die Konfrontationen um die politische Positionierung und Vormachtstellung halten an und sind noch nicht ausgestanden. Am Rande dieser Entwicklungen splitterte sich das kosovo-albanische politische Lager weiter auf. Am 24. Januar 2004 kündigte Adem Demaci, politischer Vertreter der ehemaligen UCK und einer der heftigsten Kritiker von Ibrahim Rugova, an eine neue Partei gründen zu wollen (Anhang 3).⁸ Bereits im April 2002 hatte der vom engen Mitstreiter zum parteiinternen Widersacher Rugovas mutierte Bujar Bukoshi die Neue Partei Kosovos gegründet.⁹ Extremistischer gibt sich die frühere politische Heimat vieler UCK-Kämpfer, die Volksbewegung Kosovo (LPK). Die LPK gab am 6. November 2003 bekannt, in den Monaten September und Oktober gegen 46'000 Unterschriften für eine Union von Kosovo mit Albanien gesammelt zu haben.¹⁰ Zunehmend positionieren sich extremistischere Gruppierungen auch über ihre radikale Gegnerschaft zum Engagement der IC im Kosovo.

3.1. Parlamentswahlen am 23. Oktober 2004

Das politische Jahr wird auch von den am 23. Oktober 2004¹¹ stattfindenden Parlamentswahlen geprägt sein. Die Durchführung fairer und korrekter Wahlen ist denn auch eine wichtige Priorität der UNMIK für das Jahr 2004.¹² Die Teilnahme der serbischen KP ist namentlich nach den Märzereignissen sehr ungewiss. Weitere Auswirkungen der Märzunruhen auf die Wahlen sind noch nicht absehbar.

⁶ Neue Zürcher Zeitung. Zürich. 10. Oktober 2003.

⁷ Kosovapress. Pristina. 25. Januar 2004.

⁸ FoNet. News Agency. Belgrad. 24. Januar 2004.

⁹ Frankfurter Rundschau. Frankfurt. 26. Januar 2004.

¹⁰ KosovaLive. Pristina. 6. November 2003.

¹¹ Associated Press. New York. 14. März 2004.

¹² KosovaLive. Pristina. 14. Januar 2004.

3.2. Abhaltung serbischer Wahlen im Kosovo – Dauerstreit

Ein Dauerthema zwischen der Kosovo-Regierung, UNMIK, den Kosovo-Serben und der serbischen Regierung ist die Frage der Abhaltung von Wahlen im Kosovo für das serbische Parlament. Letztmals im Dezember 2003, als die UNMIK entgegen dem Rat von Ministerpräsident Rexhepi die Durchführung der Wahlen tolerierte, aber nicht unterstützte. Rexhepi wies dann nach dem Sieg der nationalistischen serbischen Kräfte mit einer gewissen Genugtuung auf die 'Schwäche der serbischen Demokratie' hin und bedauerte gleichzeitig, dass so viele Kosovo-Serben gewählt haben. Im serbisch besiedelten Nordkosovo sowie in den Enklaven im Zentrum und im Osten siegte die ultranationalistische Radikale Partei Serbiens, während im Westen und im Süden die Demokratische Alternative von Vize-Ministerpräsident Nebojsa Covic, dem Beauftragten für Kosovo und Südserbien, erfolgreich war.¹³ Auch die Spaltung und innere Zerrissenheit der Kosovo-Serben setzt sich somit weiter fort. Auch in diesem Bereich dürften die jüngsten Ereignisse einen nicht zu unterschätzenden Einfluss haben.

¹³ Basler Zeitung, Basel. 10. Januar 2004.